

Mandat des Sonderberichterstatters über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Ref.: AL DEU 2/2022

((Bitte verwenden Sie diese Referenz in Ihrer Antwort))

29. März 2022

Eure Exzellenz,

ich beehre mich, in meiner Eigenschaft als Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe gemäß der Resolution 43/20 des Menschenrechtsrates zu Ihnen zu sprechen.

Ich möchte der Regierung Ihrer Exzellenz für ihre Antwort vom 14. Dezember 2021 auf meine Mitteilung vom 25. August 2021 (AL DEU 6/2021) danken, in der sie mehrere konkrete Fälle sowie ein angebliches allgemeines Muster übermäßiger Gewaltanwendung durch Strafverfolgungsbeamte gegen Demonstranten anspricht, die offensichtlich gegen die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Vorsorge verstoßen. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut meine Wertschätzung für den offenen und konstruktiven Dialog mit den deutschen Behörden in dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringen.

Obwohl ich die wertvollen Informationen und die von der Regierung Ihrer Exzellenz geäußerten Ansichten aufrichtig zu schätzen weiß, bin ich nach wie vor zutiefst besorgt über die praktische Einhaltung der Verpflichtungen Deutschlands in Bezug auf das Verbot und die Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe in diesem Zusammenhang. Mit dem vorliegenden Schreiben möchte ich daher folgende zusätzliche Anmerkungen und Klarstellungen machen und meine Fragen wiederholen bzw. näher erläutern, soweit sie meines Erachtens unbefriedigend beantwortet geblieben sind.

Die in diesem Schreiben genannten Anliegen entsprechen direkt der Resolution A/HRC/46/L.27 des Menschenrechtsrates, Absatz 28, in der mein Mandat aufgefordert wird, bei seiner künftigen Arbeit "die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Polizei und anderer Strafverfolgungsbeamter bei der Umsetzung der Verpflichtungen zum Verbot und zur Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe" zu berücksichtigen, und stützt sich außerdem auf meine langjährige thematische Arbeit zu diesem Thema, einschließlich meines Berichts an die Generalversammlung über die "Anwendung von Gewalt außerhalb des Gewahrsams und das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe" (A/72/178) sowie die jüngste gemeinsame öffentliche Erklärung¹, die von 44 Mandatsträgern gebilligt wurde und ein Ende der Polizeibrutalität weltweit fordert.

¹ [OHCHR | UN experts call for an end to police brutality worldwide](#)

44
45 1. Bemerkungen zu den Antworten der Regierung auf die angesprochenen Einzelfälle:
46

47 **Fall 1 (Dresden): Mann liest auf einem öffentlichen Platz aus dem Grundgesetz und**
48 **wird von Polizeibeamten tätlich angegriffen, während er seelenruhig auf sein Fahrrad**
49 **steigt**

50 In ihrer Antwort zu diesem Fall erklärt die Regierung Ihrer Exzellenz: (a) dass
51 die Polizei den betreffenden Mann "zur Feststellung seiner Identität vorläufig
52 festgenommen" habe, nachdem er "eine verbotene Versammlung initiiert"
53 habe, indem er "lautstark das Grundgesetz verlesen" habe; (b) dass "die
54 Festnahme mit unmittelbarer Gewalt durchgesetzt werden musste", weil der
55 Mann "Widerstand" geleistet habe, indem er "versucht habe, sich der
56 polizeilichen Maßnahme zu entziehen und mit dem Fahrrad wegzufahren"; (c)
57 dass "die Festnahme des Mannes insgesamt verhältnismäßig war, insbesondere
58 um eine weitere Mobilisierung von Sympathisanten zu verhindern".

59 In diesem Zusammenhang bin ich besorgt darüber, dass diese Antwort eine
60 Fehlinterpretation sowohl der tatsächlichen Umstände als auch der geltenden
61 internationalen Rechtsgrundsätze für die Anwendung von Gewalt durch
62 Strafverfolgungsbeamte widerzuspiegeln scheint.

63 Erstens kann der für die gewaltsame Festnahme angegebene Grund, nämlich
64 "eine weitere Mobilisierung von Sympathisanten zu verhindern", in sachlicher
65 Hinsicht nicht als stichhaltig angesehen werden. Trotz der Anwesenheit
66 zahlreicher Polizeibeamter und der scheinbar ruhigen und kontrollierten
67 Umgebung wurde der betreffende Mann nicht daran gehindert, mit lauter
68 Stimme aus dem Grundgesetz vorzulesen, sondern durfte diese Tätigkeit
69 ungehemmt ausüben, bis er freiwillig damit aufhörte und sich entschloss, den
70 Ort des Geschehens zu verlassen, ohne irgendwelche Andeutungen über seine
71 weiteren Absichten zu machen. Es gibt also keine vernünftigen Gründe, die
72 eine plötzliche, dringende Notwendigkeit rechtfertigen, diesen Mann daran zu
73 hindern, möglicherweise an anderer Stelle eine Tätigkeit fortzusetzen, die
74 gerade von denselben Polizeibeamten in aller Ruhe beobachtet und lange
75 geduldet wurde, ohne dass sie physisch eingegriffen hätten.

76 Zweitens ist aus der Sicht meines Mandats die relevante Frage nicht, ob "die
77 Verhaftung des Mannes insgesamt verhältnismäßig war", sondern ob die dabei
78 angewandte Gewalt den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit,
79 Verhältnismäßigkeit und Vorsicht entsprach, wie sie in den einschlägigen
80 internationalen Instrumenten zur Anwendung von Gewalt durch
81 Strafverfolgungsbeamte festgelegt sind. Bedauerlicherweise wird diese Frage
82 in der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz überhaupt nicht angesprochen.

83 Drittens geht aus den vorliegenden Videoaufnahmen hervor, dass der Versuch
84 des Mannes, auf sein Fahrrad zu steigen, weder überstürzt noch gewaltsam,
85 sondern in langsamen und gemessenen Bewegungen erfolgt. Nichts in seinem
86 bisherigen Verhalten deutet darauf hin, dass er eine unmittelbare Gefahr für
87 die Polizeibeamten oder andere Umstehende darstellte. Es ist weder zu hören,
88 dass die Polizeibeamten ihn zum Anhalten auffordern oder eine Warnung
89 aussprechen, noch zeigen sie die erforderliche abgestufte Eskalation bei der
90 Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Insbesondere versuchen die Beamten,
91 obwohl sie sich in unmittelbarer Nähe des Mannes und seines Fahrrads

befinden, nicht, ihm den Weg zu versperren, seinen Arm oder das Fahrrad selbst festzuhalten, was ohne weiteres möglich gewesen wäre. Stattdessen greift einer der Beamten das Opfer plötzlich von hinten an, zielt direkt auf seinen ungeschützten Hals und stößt ihn gewaltsam vom Fahrrad auf den Boden. Da sich der Mann mit weniger als Schrittgeschwindigkeit bewegte, wäre es für die beteiligten Beamten ein Leichtes gewesen, ihn am Verlassen des Tatorts zu hindern, ohne ihm unerwartet ihr ganzes Körpergewicht in den Nacken zu werfen und ihn auf eine Weise zu Boden zu zwingen, die ganz offensichtlich ein ungerechtfertigtes Risiko für seine Gesundheit und körperliche Unversehrtheit darstellte, aber auch eine unangemessene öffentliche Demütigung für ihn bedeutete, indem er von mehreren Beamten auf einem öffentlichen Platz unnötigerweise zu Boden geworfen und beknetet wurde. Unabhängig davon, ob die vorläufige Festnahme des Mannes zum Zwecke der Identitätsfeststellung rechtmäßig gewesen sein mag, war die Art und das Ausmaß der von den beteiligten Polizeibeamten angewandten Gewalt, wie sie in den einschlägigen Videoaufnahmen objektiv dokumentiert ist, (a) eindeutig nicht erforderlich, um den erklärten Zweck zu erreichen, (b) mit einem ernsthaften Verletzungsrisiko und einer öffentlichen Demütigung verbunden, die in keinem Verhältnis zu dem erklärten Zweck stand, und aus beiden Gründen getrennt, (c) die körperliche Unversehrtheit und die Menschenwürde des Mannes in einer Weise verletzt hat, die unnötig und unverhältnismäßig ist und nicht mit dem Maß an Vorsicht vereinbar ist, das bei der Anwendung von Zwangsmaßnahmen durch Strafverfolgungsbeamte erforderlich ist.

Viertens möchte ich unter dem Gesichtspunkt des Verbots von **Folter** und Misshandlung daran erinnern, dass jede Anwendung von Gewalt durch Beamte der Strafverfolgungsbehörden, die keinen rechtmäßigen Zweck verfolgt oder die für die Erreichung eines rechtmäßigen Zwecks nicht erforderlich ist oder die im Vergleich zum verfolgten Zweck einen übermäßigen Schaden verursacht, einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe und unter bestimmten Umständen sogar der **Folter** gleichkommt (A/72/178, Absatz 62 Buchstabe c).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die in diesem Fall angewandte Gewalt, wie sie in den einschlägigen Videoaufnahmen dokumentiert ist, eindeutig gegen das Übereinkommen gegen **Folter** (CAT) verstößt und daher die deutschen Behörden von Amts wegen verpflichtet, das Verhalten der beteiligten Beamten und ihrer Vorgesetzten unverzüglich und unparteiisch zu untersuchen (Artikel 12) und strafrechtlich zu verfolgen (Artikel 13), individuelle Sanktionen zu verhängen, die der Schuld jedes einzelnen Beteiligten entsprechen, sicherzustellen, dass das Opfer angemessen entschädigt und rehabilitiert wird (Artikel 14), und eine Wiederholung des Vorfalls durch wirksame Maßnahmen zu verhindern, einschließlich eines öffentlichen Eingeständnisses des Fehlverhaltens und einer erklärten Politik der "Null-Toleranz" für Polizeibrutalität.

Das fortgesetzte Versäumnis der deutschen Behörden, dies zu tun, kann durchaus einer "Duldung", wenn nicht gar einer stillschweigenden "Zustimmung" oder "Anstiftung" zu einem dokumentierten Akt der **Folter** oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe auf ihrem Hoheitsgebiet gleichkommen (Artikel 1, 2

und 16 CAT) und damit nicht nur die Verantwortung des Staates begründen, sondern auch eine individuelle strafrechtliche Verantwortung für die Mittäterschaft oder Beteiligung eines Beamten auslösen, der es versäumt, die Täter zu untersuchen, zu verfolgen und zu bestrafen, wie es das Völkerrecht verlangt (CAT, Artikel 4). Soweit zutreffend, gelten diese Erwägungen auch für andere Fälle von Polizeibrutalität, die in meinen offiziellen Mitteilungen angesprochen wurden oder von denen die Regierung Ihrer Exzellenz auf andere Weise Kenntnis erlangt hat, die aber nicht die nach den internationalen Menschenrechtsnormen erforderlichen raschen, unparteiischen und wirksamen Folgemaßnahmen erhalten haben.

Fall 2 (Berlin): Gewaltloser 75-jähriger Mann wird brutal von hinten angegriffen, zu Boden geworfen und schwer verletzt, weil er die Durchfahrt von Polizeifahrzeugen behindert

Der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz zu diesem Fall ist zu entnehmen, dass gegen den Polizeibeamten, der die Gewalttat begangen hat, derzeit vom Landeskriminalamt 342 ermittelt wird. Ich begrüße zwar die gemeldete Einleitung von Ermittlungen in diesem Fall, habe aber folgende Bedenken. Erstens scheint die Tatsache, dass die Ermittlungen vom Landeskriminalamt geleitet werden, nicht dem Erfordernis der Unparteilichkeit gemäß Artikel 12 und 13 des CAT zu entsprechen, wonach die Ermittlungsbehörde institutionell unabhängig von der Polizeibehörde oder dem zuständigen Ministerium sein sollte. Zweitens zeigt das einschlägige Videomaterial einen Polizeibeamten, der zwar ein rechtmäßiges Ziel verfolgt (die Entfernung einer Person, die die Durchfahrt eines Polizeifahrzeugs behindert), dies aber unter Anwendung übermäßiger Gewalt tut, die mit den Grundsätzen der Vorsorge (keine abgestufte Eskalation der Gewalt), der Notwendigkeit (kein Einsatz des am wenigsten schädlichen Mittels zur Erreichung eines rechtmäßigen Ziels) und der Verhältnismäßigkeit (übermäßiger physischer und moralischer Schaden im Vergleich zu einer realen und unmittelbaren Bedrohung) nicht vereinbar ist. Insbesondere die offensichtliche Standardpraxis der deutschen Polizei, gewaltlose Personen mit Gewalt zu Boden zu zwingen oder zu werfen, verstößt gegen das Erfordernis der abgestuften Gewaltanwendung und birgt die unnötige und unverhältnismäßige Gefahr von Körperverletzungen sowie eine unnötige Entwürdigung der angegriffenen Person unter Verletzung ihrer Menschenwürde. Eine solche Praxis stellt daher eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und in einigen Fällen sogar **Folter** dar, die nach den internationalen Menschenrechtsvorschriften absolut verboten ist.

Auch nach dem ungerechtfertigten Angriff greift weder der verantwortliche Beamte noch ein anderer am Tatort anwesender Strafverfolgungsbeamter ein, um die erforderliche medizinische Hilfe zu leisten, oder zeigt anderweitig irgendeine Vorsichtsmaßnahme oder Sorge um die körperliche Unversehrtheit und Menschenwürde des Opfers. In Anbetracht der Tatsache, dass die Art und das Ausmaß der angewandten Gewalt objektiv geeignet waren, schwere Verletzungen zu verursachen, und dass keine unmittelbare Bedrohung für den handelnden Beamten oder eine andere Person bestand, stellt das Zurücklassen einer vorsätzlich oder rücksichtslos verletzten Person ohne erste Hilfe und medizinische Versorgung einen schweren Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht und die Vorsichtsmaßnahmen dar und sollte als Straftat nach nationalem Recht verfolgt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die deutschen Behörden trotz gut dokumentierter Videobeweise für einen eindeutigen Verstoß gegen die Anti-**Folter**-Konvention mehr als zehn Monate nach dem Vorfall immer noch kein öffentliches Schuldanerkenntnis abgegeben haben und keine Entscheidung zur Strafverfolgung getroffen wurde. Dies lässt sich nicht mit den Verpflichtungen Deutschlands vereinbaren, mutmaßliche Verstöße "unverzüglich" zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen und "unverzüglich" das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung und Rehabilitierung zu prüfen, wie es in den Artikeln 7, 12, 13 und 14 des CAT festgelegt ist. Darüber hinaus verstößt jede unangemessene Verzögerung der Ermittlungen oder das Versäumnis, vorläufige Disziplinarmaßnahmen gegen mutmaßliche Täter zu ergreifen, wie z. B. Verwarnungen und vorübergehende Suspendierung vom Dienst, auch gegen Deutschlands Pflicht, "wirksame Maßnahmen" zu ergreifen, um eine Wiederholung der mutmaßlichen Verstöße gemäß Artikel 2 der CAT zu verhindern, und hinterlässt den Eindruck einer faktischen Straffreiheit für polizeiliche Brutalität durch Zögern ("justice delayed is justice denied" / "Aufgeschobene Gerechtigkeit ist verweigerter Gerechtigkeit").

Fall 3 (Berlin): Gewaltloser Mann brutal rückwärts zu Boden geworfen

Laut der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz wurde das Videomaterial zu diesem Fall nach Abschluss der internen polizeilichen Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft Berlin zur weiteren Auswertung weitergeleitet. Ich begrüße zwar, dass in diesem Fall Ermittlungen eingeleitet wurden, aber es wurden keine Informationen über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen übermittelt, und viele Monate nach dem Vorfall wurde von den deutschen Behörden immer noch keine Schuld anerkannt und keine Entscheidung zur Strafverfolgung getroffen. Diese erhebliche Verzögerung scheint mit der Verpflichtung zu "unverzüglichen" und "unparteiischen" Ermittlungen und einer "sofortigen" Prüfung des Rechts des Opfers auf Wiedergutmachung und Rehabilitierung unvereinbar zu sein. Auch in diesem Fall mag der beteiligte Polizeibeamte ein rechtmäßiges Ziel verfolgen, aber die verfügbaren Videoaufnahmen lassen keinen Zweifel daran, dass er dabei auf übermäßige Gewalt zurückgreift, die nicht mit den Grundsätzen der Vorsorge, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit vereinbar ist, wie in Fall 2 ausgeführt. Auch hier verstößt die offensichtliche Standardpraxis der deutschen Polizei, nicht gewalttätige Personen mit Gewalt zu Boden zu zwingen oder zu werfen, gegen das Gebot der abgestuften Gewaltanwendung, birgt unnötige und unverhältnismäßige Risiken von Körperverletzungen und demütigt die angegriffene Person unnötig und verletzt ihre Menschenwürde. Eine solche Praxis kommt unweigerlich einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung gleich und kann sogar **Folter** darstellen, die nach den internationalen Menschenrechtsnormen absolut verboten ist, wenn sie einer hilflosen Person zugefügt wird.

Abschließend möchte ich meine Besorgnis über die unangemessenen Verzögerungen bei den Ermittlungen und das offensichtliche Versäumnis, vorläufige disziplinarische oder andere wirksame Maßnahmen gegen den mutmaßlichen Täter zu ergreifen, um eine Wiederholung zu verhindern, wie in Artikel 2 des CAT vorgesehen, bekräftigen, die zu einem realen Risiko der faktischen Straflosigkeit durch Zögern führen.

Fall 4 (Berlin): Wehrlose Frau, die von vier Polizeibeamten am Boden fixiert wird, wird

239 *mehrfach gewaltsam niedergeschlagen*

240 Laut Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz ist dieser Vorfall bei der
241 Staatsanwaltschaft Berlin unter dem Aktenzeichen 231 UJs 2349/20 registriert,
242 wird vom Landeskriminalamt 342 als Fachkommissariat für
243 Polizeidienststellen bearbeitet und "die Ermittlungen dauern an".

244 Ich begrüße zwar, dass in diesem Fall Ermittlungen eingeleitet wurden, aber es
245 wurden keine Informationen über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen
246 vorgelegt, und ich bin nach wie vor besorgt darüber, dass die
247 Ermittlungsbehörde nicht über das für eine unparteiische Untersuchung
248 erforderliche Maß an Unabhängigkeit verfügt. Auch in diesem Fall haben die
249 deutschen Behörden mehr als ein ganzes Jahr nach dem Vorfall noch immer
250 kein Verschulden eingeräumt, und es scheint keine Entscheidung zur
251 Strafverfolgung getroffen worden zu sein. Diese erhebliche Verzögerung
252 scheint unvereinbar mit der Verpflichtung zu einer "unverzüglichen" und
253 "unparteiischen" Untersuchung und einer "unverzüglichen" Prüfung des
254 Rechts des Opfers auf Wiedergutmachung und Rehabilitierung sowie mit der
255 Pflicht, "wirksame Maßnahmen" zur Verhinderung einer Wiederholung des
256 Vorfalls zu ergreifen, und verfestigt insgesamt den Eindruck einer faktischen
257 Straffreiheit durch Verschleppung.

258 *Fall 5 (Berlin): Ein gewaltloser Mann, der einen Polizeibeamten beleidigt haben soll,*
259 *wird von dem Beamten brutal angegriffen und mit Unterstützung anderer Beamter zu*
260 *Boden geworfen und anschließend in Handschellen abgeführt und festgenommen.*

261 Ich bedauere zutiefst die Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz zu diesem
262 Fall, in der es heißt, dass die "zuständige Polizeidienststelle des
263 Landeskriminalamtes diesen Vorfall aufgrund der Fallbeschreibung bisher
264 keinem konkreten Ermittlungsverfahren zuordnen konnte."

265 In Anbetracht der in der vorangegangenen Mitteilung vorgelegten
266 Videobeweise, die einen unwiderlegbaren Fall von übermäßiger
267 Gewaltanwendung durch Polizeibeamte dokumentieren, deren ID-Nummern
268 deutlich auf ihren Uniformen zu erkennen sind, kann diese Antwort nicht als
269 überzeugend angesehen werden.

270 Ich möchte die Regierung Ihrer Exzellenz an ihre absolute und nicht
271 abdingbare (von Amts wegen) Verpflichtung erinnern, eine unverzügliche und
272 unparteiische Untersuchung einzuleiten, um die Verantwortlichen zu ermitteln,
273 den Sachverhalt festzustellen, die Strafverfolgung einzuleiten und Maßnahmen
274 zur Wiedergutmachung, Entschädigung und Verhinderung eines erneuten
275 Auftretens zu ergreifen, unabhängig davon, ob das Opfer eine formelle
276 Beschwerde eingereicht hat. Jedes Versäumnis der deutschen Behörden, dies
277 zu tun, käme einer "Duldung" eines dokumentierten Aktes der **Folter** oder
278 anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder
279 Strafe auf ihrem Hoheitsgebiet gleich (Art. 1, 2 und 16 CAT), was nicht nur
280 die Verantwortung des Staates, sondern auch die individuelle strafrechtliche
281 Verantwortung für die Mittäterschaft und Beteiligung eines jeden Beamten
282 auslöst, der es versäumt, die Täter zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen
283 und zu bestrafen, wie es das Völkerrecht verlangt (Art. 4 CAT).

284 In der Sache sollte anerkannt werden, dass respektlose Äußerungen oder

Beleidigungen von Demonstranten gegenüber Polizeibeamten durchaus gegen innerstaatliches Recht verstoßen und in hinreichend schwerwiegenden Fällen sogar Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Verursacher rechtfertigen können. Gleichzeitig müssen die Polizeibeamten geschult und angewiesen werden, auf provozierendes Verhalten mit Mäßigung, Zurückhaltung und Widerstandsfähigkeit zu reagieren. In keinem Fall kann ein bloßes respektloses oder beleidigendes Verhalten die Anwendung von Gewalt rechtfertigen, da die mit körperlicher Gewalt verbundenen erheblichen Risiken fast immer als unverhältnismäßig im Vergleich zu dem legitimen öffentlichen Interesse an der Beendigung des betreffenden Fehlverhaltens angesehen werden müssen. Viele der Vorwürfe, die dem Sonderberichterstatter unter anderem durch Videobeweise zugetragen wurden, deuten darauf hin, dass die deutsche Polizei in Bezug auf die Anwendung von Gewalt durch ihre Beamten als Reaktion auf gewaltloses provozierendes Verhalten zu einer übermäßig freizügigen Haltung neigt oder diese toleriert. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass der Rückgriff auf körperliche Gewalt zu **Rachezwecken** nicht mit den allgemein anerkannten Standards für die Anwendung von Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte in Einklang zu bringen ist und **somit gegen das absolute und nicht abdingbare Verbot von Folter und anderen Misshandlungen verstößt**.

Fall 6 (Berlin): Wehrloser Mann, der von mehreren Polizeibeamten am Boden fixiert wird, wird bei der Festnahme weiter brutal geschlagen, was zu vorübergehendem Bewusstseinsverlust und schweren Verletzungen führt

Laut der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz ist dieser Vorfall bei der Staatsanwaltschaft Berlin unter dem Aktenzeichen 231 UJs 1725/21 registriert, wurde vom Landeskriminalamt 342 bearbeitet und "der Fall steht kurz vor dem Abschluss der polizeilichen Ermittlungen"..

In der Antwort der Regierung heißt es weiter, dass "die Videosequenz nicht den gesamten Ablauf der Ereignisse zeigt, sondern im Wesentlichen nur die polizeiliche Festnahme" und dass "Zeugenaussagen und andere Videoaufnahmen, die ein umfassenderes Bild der Gesamtsituation einschließlich der Handlungen des Geschädigten ermöglichen, sichergestellt und ausgewertet wurden".

Obwohl ich die Einleitung von Ermittlungen in diesem Fall begrüße, bin ich nach wie vor besorgt darüber, dass die deutschen Behörden mit dem Verweis auf die "Handlungen des Geschädigten" offenbar versuchen, polizeiliches Verhalten zu rechtfertigen oder zu bagatellisieren, das nach internationalem Recht einem absoluten und nicht abdingbaren Verbot unterliegt. Insbesondere zeigen die uns vorliegenden Videoaufnahmen, wie mehrere Polizeibeamte den Demonstranten, nachdem sie ihn überwältigt und am Boden fixiert haben, wiederholt auf den Rücken und den Kopf schlagen, bis er das Bewusstsein verliert und sein Gesicht und seine Arme blutverschmiert sind, unabhängig von dem Verhalten, das er vor seiner Festnahme an den Tag gelegt hat. Während der gesamten Videosequenz zeigt der Mann keine sichtbaren Anzeichen von Gewalt, Widerstand oder bedrohlichem Verhalten.

Unabhängig von einem früheren Fehlverhalten des Opfers ist die von den Polizeibeamten angewandte Gewalt eindeutig unnötig für den Zweck der Festnahme, führt zu unverhältnismäßigen Verletzungen und Demütigungen

und zeugt von mangelnder Vorsicht sowie einer schwerwiegenden Missachtung der körperlichen Unversehrtheit und der Menschenwürde. Darüber hinaus wird die Untersuchung einmal mehr von einer Behörde durchgeführt, der es offenbar an der erforderlichen Unabhängigkeit von der Polizei mangelt, und trotz zwingender Videobeweise für ein schweres Fehlverhalten der festnehmenden Beamten wurden mehrere Monate nach dem Vorfall weder eine Entscheidung zur strafrechtlichen Verfolgung noch vorläufige Disziplinarmaßnahmen getroffen, noch gab es ein Eingeständnis des Fehlverhaltens seitens der Behörden oder ein sonstiges öffentliches Bekenntnis zu einer "Null-Toleranz"-Politik gegenüber polizeilicher Brutalität im Einklang mit der Pflicht Deutschlands, "wirksame Maßnahmen" zu ergreifen, um eine Wiederholung der angeblichen Verstöße zu verhindern. Nicht zuletzt versäumte es die Regierung in ihrer Antwort, auf alarmierende Behauptungen einzugehen, wonach Polizeibeamte versucht hätten, den medizinischen Bericht des Opfers zu beeinflussen, indem sie behaupteten, die erlittenen Verletzungen seien die Folge eines Sturzes und nicht auf schwere Schläge zurückzuführen. Auch hier sind die Behörden von Amts wegen verpflichtet, den Vorwürfen nachzugehen und, sollten sie sich als zutreffend erweisen, die Täter strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen, weil sie versucht haben, einen Akt der **Folter** oder eine andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu vertuschen.

Fall 7 (Berlin): Gewaltlose Frau wird beim Versuch, eine Polizeiabsperrung zu passieren, lebensgefährlich zu Boden geworfen

Laut Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz ist dieser Vorfall bei der Staatsanwaltschaft Berlin unter dem Aktenzeichen 271 UJs 1659/21 registriert und wird vom Landeskriminalamt 342 "derzeit noch bearbeitet". Der Fall "steht kurz vor dem Abschluss der polizeilichen Ermittlungen, der Geschädigte konnte jedoch noch nicht ermittelt werden".

Ich begrüße zwar die gemeldete Einleitung von Ermittlungen in diesem Fall, bekräftige aber meine Besorgnis darüber, dass die Ermittlungen von einer Behörde durchgeführt werden, der es offenbar an der erforderlichen Unabhängigkeit von der Polizei mangelt, und dass trotz zwingender Beweise für ein schweres Fehlverhalten des verantwortlichen Polizeibeamten mehrere Monate nach dem Vorfall noch keine Entscheidung zur Strafverfolgung und keine vorläufigen Disziplinarmaßnahmen getroffen wurden, noch keine Entscheidung zur Strafverfolgung und keine vorläufigen Disziplinarmaßnahmen getroffen wurden, noch ein Eingeständnis des Fehlverhaltens seitens der Behörden oder ein anderes erklärtes öffentliches Bekenntnis zu einer "Null-Toleranz-Politik" gegenüber polizeilicher Brutalität im Einklang mit der Pflicht Deutschlands, "wirksame Maßnahmen" zu ergreifen, um eine Wiederholung der mutmaßlichen Verstöße zu verhindern, vorliegt.

Auch in diesem Fall mag der verantwortliche Polizeibeamte ein rechtmäßiges Ziel verfolgt haben, aber die vorliegenden Videoaufnahmen lassen keinen Zweifel daran, dass er dabei exzessive Gewalt angewendet hat, die mit den Grundsätzen der Vorsorge, der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit unvereinbar ist, wie in den anderen oben genannten Fällen dargelegt.

Auch hier stelle ich mit Besorgnis fest, dass die Behörden nicht in der Lage

waren, den Geschädigten zu identifizieren, was darauf hindeutet, dass selbst nach der Anwendung exzessiver Gewalt weder der zuständige Beamte noch ein anderer am Tatort anwesender Strafverfolgungsbeamter eingegriffen hat, um das Opfer zu identifizieren, die erforderliche medizinische Hilfe zu leisten oder anderweitig Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen oder sich um seine körperliche Unversehrtheit und Menschenwürde zu kümmern.

2. *Offensichtliche Diskrepanz zwischen normativen Bestimmungen und tatsächlicher Praxis*

Ich danke der Regierung Ihrer Exzellenz für die ausführlichen Informationen über den bestehenden normativen, verfahrenstechnischen und institutionellen Rahmen für die Meldung und Untersuchung von mutmaßlichem Fehlverhalten von Polizeibeamten sowie für die Durchführung von Disziplinar- und Strafverfahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Nach Angaben der Regierung werden disziplinar- und strafrechtliche Ermittlungen von Amts wegen - d.h. unabhängig vom Vorliegen einer Anzeige - immer dann eingeleitet, wenn ein glaubhafter Verdacht oder tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Polizeibeamter eine Straftat oder Pflichtverletzung begangen hat. Die Ermittlungen stützen sich auf Polizeiberichte, Video- und Audiobeweise sowie auf Beschwerden von Unbeteiligten und anderen Zeugen. Disziplinarrechtliche Untersuchungen werden von den zuständigen Stellen innerhalb der Polizei durchgeführt, während die strafrechtliche Verantwortung von Polizeibeamten von der Staatsanwaltschaft untersucht wird. Darüber hinaus bestätigt die Regierung, dass alle Opfer Anspruch auf Entschädigung für die ihnen zugefügten Schmerzen und Leiden sowie für die erlittenen Schäden haben.

Obwohl ich das formale Vorhandensein eines ausgefeilten normativen, verfahrenstechnischen und institutionellen Rahmens für die Meldung und Untersuchung der Anwendung von Gewalt durch die Polizei zu schätzen weiß, bin ich ernsthaft besorgt darüber, dass sie in der Praxis kein realistisches Muster disziplinarischer und strafrechtlicher Sanktionen hervorzubringen scheinen, das entweder der Zahl der tatsächlich eingereichten Beschwerden oder der Zahl und Häufigkeit der Sanktionen entspricht, die statistisch gesehen selbst bei einem gut ausgebildeten und befehlshabenden Strafverfolgungsdienst, der aktiv an der Überwachung von Versammlungen in einem Land mit mehr als 80 Millionen Einwohnern beteiligt ist, zu erwarten wären.

Nach offiziellen Angaben der Regierung wurden mit Ausnahme eines einzigen Falles einer strafrechtlichen Verurteilung, die mit einer Geldstrafe geahndet wurde (Bayern), alle anderen disziplinar- und strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt bei der polizeilichen Überwachung von Versammlungen in ganz Deutschland während eines Zeitraums von fast zwei Jahren (seit Januar 2020) entweder aus Mangel an Beweisen eingestellt oder sind noch im Gange, oft mehr als ein Jahr nach der mutmaßlichen Straftat. Drei weitere Fälle wurden gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt (einer in Bayern und zwei in Niedersachsen). Abgesehen von diesen vier Fällen wurden in ganz Deutschland offenbar gegen keinen Polizeibeamten disziplinarische Maßnahmen oder strafrechtliche Sanktionen wegen übermäßiger Gewaltanwendung bei der Durchführung von Versammlungen verhängt, noch hat die Regierung öffentlich ein Fehlverhalten

430 eingeräumt oder die Bevölkerung beruhigt, indem sie eine "Null-Toleranz"-
431 Politik für Polizeibrutalität erklärte.

432 Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung in der Regelung, Ausbildung und
433 Bewertung von polizeilichen und militärischen Einsätzen möchte ich die
434 Regierung Ihrer Exzellenz an die Tatsache erinnern, dass auch die
435 professionellsten Polizeikräfte aus Menschen bestehen, die unter äußerst
436 schwierigen Umständen arbeiten müssen. Schuldhaftes Fehlverhalten von
437 Polizeibeamten darf zwar niemals geduldet werden, aber es ist unrealistisch zu
438 glauben, dass es jemals vollständig vermieden werden kann. Das fast
439 vollständige Ausbleiben disziplinarischer und strafrechtlicher Sanktionen
440 gegen Beamte der Strafverfolgungsbehörden nach fast zwei Jahren erhöhter
441 Spannungen und häufiger Zusammenstöße mit Demonstranten in einem Land
442 von der Größe Deutschlands spiegelt daher wahrscheinlich keine verlässliche
443 Einschätzung der operativen Realität wider, sondern deutet vielmehr auf
444 dysfunktionale Befehls- und Kontrollstrukturen hin, die zwar auf dem Papier
445 alle normativen und institutionellen Anforderungen erfüllen, in der Praxis aber
446 nicht in der Lage sind, wirksam auf behördliches Fehlverhalten zu reagieren.

447 Auch die Tatsache, dass selbst gut dokumentierte Fälle von Polizeibrutalität
448 oft mehr als ein Jahr nach den jeweiligen Vorfällen immer noch "anhängig"
449 sind, ohne dass es zu einer strafrechtlichen Verurteilung, einer Entscheidung
450 zur Strafverfolgung oder einer Disziplinarstrafe gekommen ist, gibt Anlass zu
451 erheblichen Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit und Effizienz der
452 Maßnahmen, die von den deutschen Behörden ergriffen werden, um
453 Prävention, Abschreckung und Rechtspflege in Fällen mutmaßlicher
454 Polizeibrutalität sicherzustellen. Insgesamt scheinen erhebliche
455 Verzögerungen ein häufiges - wenn auch nicht allgemeines - Merkmal von
456 Ermittlungen zu mutmaßlichem disziplinarischem und strafrechtlichem
457 Fehlverhalten von Strafverfolgungsbeamten zu sein, was zu einem
458 strukturellen Muster von faktischer Straflosigkeit und Duldung durch
459 Verschleppung führt.

460 Die systematische Verzögerung von disziplinar- und strafrechtlichen
461 Ermittlungen gegen deutsche Polizeibeamte steht in besonders krassem
462 Gegensatz zu den "beschleunigten Gerichtsverfahren", die von den Behörden
463 bei der Verurteilung von Demonstranten wegen ihrer Teilnahme an nicht
464 genehmigten Versammlungen, einschließlich Gewalttaten, angewendet
465 werden. Ich bin zum Beispiel beunruhigt über die Verurteilung von acht
466 Demonstranten im Anschluss an das so genannte "beschleunigte
467 Gerichtsverfahren" innerhalb von nur 24 Stunden nach ihrer Festnahme im
468 Zusammenhang mit einer nicht genehmigten Versammlung in Schweinfurt am
469 26. Dezember 2021.² Vor diesem Hintergrund verstärkt die Tatsache, dass
470 praktisch alle Vorwürfe gewalttätigen Fehlverhaltens gegen Polizeibeamte in
471 derselben Art von Situation entweder aus Mangel an Beweisen abgewiesen
472 wurden oder bis in alle Ewigkeit "anhängig" gehalten werden, den Eindruck
473 eines allgemeinen Musters der faktischen Straffreiheit und Duldung durch
474 Verschleppung.

475 Ich fordere die Regierung Ihrer Exzellenz daher dringend auf, unverzüglich
476 Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Ermittlungen zu

² <https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/022003/index.html>

mutmaßlichem disziplinarischem und strafrechtlichem Fehlverhalten von Strafverfolgungsbeamten "unverzüglich" und "unparteiisch" durchgeführt werden und dass das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung und Rehabilitation "unverzüglich" geprüft wird, um so als "wirksame" Präventionsmaßnahme im Einklang mit den im Übereinkommen gegen **Folter** kodifizierten Verpflichtungen zu dienen. Jegliche unangemessene Nachsicht, Toleranz oder Duldung mutmaßlicher **Folter** und anderer Misshandlungen muss durch die Umsetzung einer strikten "Null-Toleranz"-Politik in Bezug auf polizeiliche Brutalität auf allen Ebenen der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren verhindert werden. Die unverzügliche und transparente Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von **Folter**- und Misshandlungsvorwürfen durch die zuständigen Behörden ist unerlässlich, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rechtsstaatlichkeit des Staates aufrechtzuerhalten und jeglichen Eindruck einer offiziellen Duldung, Zustimmung oder Komplizenschaft in Bezug auf rechtswidrige Praktiken zu vermeiden.

3. Berichten zufolge fehlt es an Kapazitäten für die Erstellung relevanter statistischer Daten

3. Laut der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz sind die in meiner Mitteilung angeforderten statistischen Daten für vier der größten Bundesländer, die zu den wichtigsten in Bezug auf die polizeiliche Überwachung von Protesten und Versammlungen gehören (nämlich Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen), und die zusammen etwa 40 Millionen Einwohner oder die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmachen, "nicht verfügbar".

Ich bin mir zwar bewusst, dass die geforderte Datenerhebung einige Nachforschungen und Anstrengungen erfordert, hätte aber zumindest einen statistischen Überblick über die Anzahl der Fälle erwartet, in denen Beamte der betroffenen Polizeikräfte seit Januar 2020 disziplinarische oder strafrechtliche Verfahren und Sanktionen wegen angeblicher Anwendung übermäßiger Gewalt bei der Überwachung von Versammlungen eingeleitet haben. Da die Behörden Berichten zufolge nicht in der Lage sind, diese Art von statistischen Daten zu erstellen, scheinen sie nicht in der Lage zu sein, die Einhaltung der internationalen Normen für die Anwendung von Gewalt durch ihre eigenen Strafverfolgungsbeamten realistisch zu bewerten und festzustellen, was sich negativ auf die Fähigkeit auswirkt, Mängel zuverlässig zu ermitteln und durch Präventiv- und Korrekturmaßnahmen zu beheben. Das Fehlen relevanter statistischer Daten untergräbt auch die Verlässlichkeit pauschaler Behauptungen in der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz, wie etwa, dass in Hessen "straft- und disziplinarrechtlich relevantes Verhalten von Polizeibeamten daher in allen Fällen überprüft und systematisch straf- und disziplinarrechtlich verfolgt wird." Ohne verlässliche statistische Daten lässt sich nicht feststellen, ob diese Bestimmungen in der Praxis wirksam angewendet werden. Die von anderen Bundesländern vorgelegten Statistiken sowie die Antworten auf die in meiner ersten Mitteilung angesprochenen Einzelfälle deuten meines Erachtens vielmehr auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen normativen Vorgaben und praktischer Realität hin.

Ich fordere daher die Regierung Ihrer Exzellenz auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Behörden in ganz Deutschland in der Lage sind, systematisch und transparent Daten über die Anwendung von

Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte zu erheben, auszuwerten und zu verarbeiten, und zwar im Einklang mit ihrer internationalen Verpflichtung, **Folter** und Misshandlung wirksam zu verhindern, zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen und Abhilfe zu schaffen, sowie Regeln, Anweisungen, Methoden und Praktiken im Zusammenhang mit der Strafverfolgung systematisch zu überprüfen, wie es in den Artikeln 10 und 11 des CAT vorgesehen ist.

4. *Bedenken im Hinblick auf Rechtsbehelfsmechanismen*

Darüber hinaus möchte ich meine Besorgnis über die in der Antwort der Regierung beschriebenen Wiedergutmachungsmechanismen zum Ausdruck bringen, die das Recht auf Wiedergutmachung auf Aspekte der Entschädigung der Opfer und die Möglichkeit, bei den zuständigen Behörden eine Klage einzureichen, um eine Entschädigung für materielle oder immaterielle Schäden wie Schmerzen und Leiden zu erhalten, zu beschränken scheinen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Regierung Ihrer Exzellenz daran erinnern, dass das Recht auf Wiedergutmachung, wie es in Artikel 14 des CAT niedergelegt ist, die Konzepte des wirksamen Rechtsbehelfs und der Wiedergutmachung umfasst. "Das umfassende Wiedergutmachungskonzept beinhaltet daher Rückgabe, Entschädigung, Rehabilitation, Genugtuung und Garantien der Nichtwiederholung und bezieht sich auf die gesamte Bandbreite der Maßnahmen, die erforderlich sind, um Verstöße gegen das Übereinkommen wiedergutzumachen" (Ausschuss gegen **Folter**, Allgemeine Bemerkung Nr. 3 (2012), Absatz 2). Auf der Grundlage dieser Definition möchte ich betonen, dass die individuelle und institutionelle Rechenschaftspflicht für Handlungen, die **Folter** und Misshandlung darstellen, die strafrechtliche Verfolgung der Täter sowie Garantien für die Nichtwiederholung grundlegende Bestandteile des Rechts auf Wiedergutmachung sind, das allen Opfern unmissverständlich gewährt werden sollte.

Daher möchte ich die Regierung Ihrer Exzellenz an ihre Pflicht erinnern, den Opfern verfahrensrechtliche und materiellrechtliche Wiedergutmachung zu gewähren. Auf der Verfahrensebene beinhaltet dies die Pflicht, wirksame und zugängliche Beschwerdemechanismen und Untersuchungsstellen einzurichten, die in der Lage sind, Opfer von **Folter** und Misshandlung zu ermitteln und ihnen Wiedergutmachung zu gewähren. Auf der materiellen Ebene "stellen die Vertragsstaaten sicher, dass die Opfer von **Folter** oder Misshandlung vollständige und wirksame Wiedergutmachung und Entschädigung erhalten, einschließlich Entschädigung und der Mittel für eine möglichst vollständige Rehabilitation" (Ausschuss gegen **Folter**, Allgemeine Bemerkung Nr. 3 (2012), Abs. 5). 5).

Gerade in einer Situation, wie sie seit Januar 2020 in Deutschland herrscht, wo es zahlreiche Vorwürfe schweren Fehlverhaltens von Polizeibeamten bei Versammlungen gibt, gehört zum Recht auf Wiedergutmachung und Rehabilitation auch die eindeutige Garantie der Nichtwiederholung, wie z.B. das öffentliche Eingeständnis von Schuld, die erklärte Politik der "Null-Toleranz" gegenüber polizeilicher Brutalität und das unmissverständliche Bekenntnis zur Menschenwürde aller Einwohnerinnen und Einwohner, auch derjenigen, die sich an Protesten, zivilem Ungehorsam oder gar Straftaten beteiligen.

574 **5. *Fehlinterpretation der Grundsätze für die Anwendung von Gewalt***

575 In der Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz wird behauptet, dass die
576 deutsche Polizei bei der Bewältigung öffentlicher Proteste im Einklang mit der
577 nationalen Gesetzgebung verpflichtet ist, Maßnahmen zur Deeskalation und
578 ein versammlungsfreundliches Verhalten anzuwenden. Die in meiner
579 Mitteilung vorgelegten Einzelfälle sowie andere Fälle, die mir im Rahmen
580 meines Mandats zur Kenntnis gebracht wurden, dokumentieren jedoch
581 zahlreiche Fälle, in denen Beamte der Strafverfolgungsbehörden offenbar in
582 einer Weise gehandelt haben, die mit diesen Anforderungen nicht vereinbar
583 ist, insbesondere durch den Einsatz von körperlicher Gewalt, die unter den
584 gegebenen Umständen weder notwendig noch verhältnismäßig war, aber auch
585 durch das Versäumnis, einzugreifen und wehrlose Demonstranten vor der
586 Gefahr oder den Folgen übermäßiger oder anderweitig missbräuchlicher
587 Gewalt seitens ihrer Polizeikollegen zu schützen.

588 Aus den verfügbaren Videoaufnahmen geht hervor, dass die deutsche Polizei
589 anscheinend ein übermäßig freizügiges und hartes Vorgehen an den Tag legt
590 und bei einer sehr niedrigen Einsatzschwelle überwältigende physische Gewalt
591 anwendet. Dazu gehört auch der häufige Rückgriff auf Gewalt als Reaktion
592 auf verbale Provokationen oder Meinungsverschiedenheiten mit
593 uneinsichtigen, aber ansonsten gewaltlosen Demonstranten. Insbesondere die
594 offensichtliche Standardpraxis der deutschen Polizei, ungehorsame, aber
595 gewaltlose Demonstranten mit Gewalt zu Boden zu zwingen oder zu werfen,
596 verstößt gegen das Gebot der abgestuften Gewaltanwendung und birgt die
597 unnötige und unverhältnismäßige Gefahr von Körperverletzungen sowie
598 unnötige Demütigungen.

599 Obwohl eine solche Praxis einer grausamen, unmenschlichen oder
600 erniedrigenden Behandlung und in einigen Fällen sogar **Folter** gleichkommt,
601 deuten die Reaktion der Regierung Ihrer Exzellenz auf den in meiner
602 Mitteilung angesprochenen Fall 1 sowie die persönlichen Gespräche mit
603 hochrangigen Polizeibeamten über das Videomaterial eines anderen Falles
604 (siehe Diskussion zu Fall 8 unten) auf eine konsequente Fehlinterpretation der
605 Erfordernisse von Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Vorsorge hin.

606 Konkret zeigen viele Videosequenzen, aber auch Erklärungen meiner direkten
607 Gesprächspartner bei der Polizei, Einsatzregeln, die schwerwiegende Risiken
608 für die körperliche Unversehrtheit und die Menschenwürde außer Acht lassen
609 und oft übertriebenen oder spekulativen Sicherheitsbedenken sowie
610 formalistischen Forderungen nach absolutem Gehorsam nahezu
611 uneingeschränkten Vorrang einräumen, auch in Fällen, in denen der Zweck
612 oder die Berechtigung der polizeilichen Anweisungen fraglich sein könnten.

613 Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, um an die wesentlichen Grundsätze
614 für die Anwendung von Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte zu erinnern:

615 **Rechtmäßiger Zweck:** Je nach den rechtlichen und faktischen Umständen in
616 einer bestimmten Situation können rechtmäßige Strafverfolgungsmaßnahmen
617 durchaus Zwecke wie die Verhinderung der Durchbrechung von
618 Polizeikordons durch Demonstranten, die Freigabe der Durchfahrt für
619 Polizeifahrzeuge, die Durchsetzung der Verpflichtung zur sozialen
620 Distanzierung und zum Tragen von Gesichtsmasken oder die Auflösung

rechtswidriger Versammlungen umfassen. Zwar kann es auch legitim sein, zur Verteidigung der eigenen Person oder anderer Personen gegen rechtswidrige Angriffe und anderes unrechtmäßiges Verhalten sowie zur Durchsetzung der Rechtsordnung im Allgemeinen Gewalt anzuwenden, doch dürfen einzelne Beamte der Strafverfolgungsbehörden unter keinen Umständen rechtmäßig Gewalt oder Zwang zu reinen Straf- oder Vergeltungszwecken anwenden, auch nicht als Reaktion auf respektloses, provozierendes oder sogar unrechtmäßiges Verhalten. Beamte der Strafverfolgungsbehörden müssen jederzeit eine professionelle Einstellung und ein professionelles Verhalten an den Tag legen, das der öffentlichen Macht und dem Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird, angemessen ist.

Erforderlichkeit: Auch wenn Strafverfolgungsbeamte einen rechtmäßigen Zweck verfolgen, dürfen sie nur dann auf Gewalt und Zwang zurückgreifen, wenn, solange und soweit dieser Zweck nicht mit weniger schädlichen Mitteln erreicht werden kann. Selbst wenn die Anwendung von Gewalt grundsätzlich notwendig ist, dürfen Art und Ausmaß der angewandten Gewalt nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung eines rechtmäßigen Zwecks erforderlich ist, und sie darf zeitlich nicht über den Zeitpunkt der Erreichung dieses Zwecks hinausgehen. So darf beispielsweise ein Demonstrant, dessen vermutetes oder tatsächliches Fehlverhalten durch eine Vorwarnung, einen verbalen Befehl oder eine abgestufte Gewaltanwendung wirksam angegangen werden kann, nicht gewaltsam gestoßen, zu Boden geworfen, geschlagen oder mit Reizstoffen besprüht werden; und ein wehrloser Demonstrant, der gefesselt oder anderweitig eindeutig überwältigt wurde, darf nicht mehr geschlagen oder im Würgegriff gehalten werden, selbst wenn er sich zuvor gewalttätig, rechtswidrig oder respektlos verhalten hat.

Verhältnismäßigkeit: Selbst wenn die Anwendung von Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte zur Erreichung eines rechtmäßigen Zwecks erforderlich ist, kann sie nicht die Zufügung von Schmerzen, Leiden oder anderen Schäden rechtfertigen, die im Vergleich zur Bedeutung des zu erreichenden rechtmäßigen Zwecks als unverhältnismäßig angesehen werden müssen. Unter bestimmten Umständen kann die Durchsetzung von Vorschriften zur Verhinderung potenziell lebensbedrohlicher Infektionen die Anwendung maßvoller und abgestufter physischer Gewalt rechtfertigen, wie z. B. die physische Einschränkung der Bewegungsfreiheit, nicht aber die Anwendung exzessiver Gewalt, die zu Risiken führen kann, oder die Zufügung von Schmerzen, Leiden und Verletzungen, die in keinem Verhältnis zu der unmittelbaren Gefahr stehen, die von der betreffenden Person ausgeht, gegen das Verbot der **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung verstoßen oder mit dem Schutz des Rechts auf Leben nicht vereinbar sind. Unter bestimmten Umständen kann dies bedeuten, dass Strafverfolgungsbeamte die Durchsetzung des rechtmäßigen Zwecks ihrer Mission aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ablehnen müssen.

Vorsichtsmaßnahmen: Beamte der Strafverfolgungsbehörden müssen ihre Einsätze stets so planen, vorbereiten und durchführen, dass der Rückgriff auf unnötige, unverhältnismäßige oder anderweitig ungesetzliche Gewalt oder Nötigung so weit wie möglich vermieden oder minimiert wird. Dazu gehört, dass Strafverfolgungsbeamte einen abgestuften Ansatz bei der Anwendung von Gewalt verfolgen, dass sie deeskalierende Maßnahmen anwenden und

dass sie Personen und Umstehenden, die durch Zwangsmaßnahmen verletzt oder anderweitig beeinträchtigt wurden, Schutz und medizinische Versorgung bieten. Bei Strafverfolgungsmaßnahmen müssen die Risiken, die sich aus der Anwendung von Gewalt gegen Personen ergeben, die sich in einer schwachen Position befinden, wie Kinder, Frauen, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, angemessen berücksichtigt werden.

Nichtdiskriminierung: Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, einschließlich der Überwachung von Versammlungen, dürfen Strafverfolgungsbeamte niemanden aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Behinderung, Vermögen oder Geburt oder anderer ähnlicher Kriterien diskriminieren. Dies gilt auch für kritische Stellungnahmen zur Politik der Regierung als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, zu Umweltfragen, zur Wohnungsnot oder zu anderen öffentlichen Kontroversen.

6. *Neue Anschuldigungen wegen übermäßiger Gewaltanwendung*

Im Anschluss an meine Mitteilung vom 25. August 2021 (AL DEU 6/2021) gehen in meinem Mandat weiterhin Zeugenaussagen von Opfern und Videobeweise ein, die neue Fälle von Polizeibrutalität dokumentieren, die demselben Muster folgen wie die ausgewählten Fälle in meiner ersten Mitteilung. Als Beispiel sollen zwei besonders aufschlussreiche Fälle als Fälle 8 und 9 beschrieben werden, die die in meiner ersten Mitteilung vorgelegten und in diesem Schreiben näher erläuterten Fälle 1 bis 7 ergänzen und weiter veranschaulichen.

Fall 8: Gewaltlose Frau und Männer bei Identitätskontrolle brutal angegriffen³ (Berlin)

Nach direkt von der Berliner Polizei bestätigten Informationen soll es am 29. August 2021 am Rande einer nicht genehmigten Demonstration in Berlin zu einem mutmaßlichen Vorfall von übermäßiger Gewalt gekommen sein, bei dem bei einer routinemäßigen Kontrolle der Fahrzeugpapiere die Beifahrerin des Fahrzeugs, eine gewaltlose Frau, die sich verbal bei den Polizeibeamten beschwert hatte, unnötigerweise bewusst schmerzhaften Methoden der körperlichen Nötigung (erzwungenes Heben durch "Nasengriff" durch drei männliche Beamte) ohne vernünftige Rechtfertigung ausgesetzt wurde, während ihr Ehemann und ein Freund, die versuchten, einzugreifen und die Frau in einem Versuch **legitimer Selbstverteidigung** zu schützen, brutal zu Boden geschlagen wurden. Nach dem Videomaterial lauten die ID-Nummern von fünf der sechs beteiligten Polizeibeamten: BE 15310; BE 15314; BE 15315; BE 15316; BE 15317. Ich hatte Gelegenheit, die Videobeweise zu diesem Fall in einem längeren Telefongespräch mit leitenden Beamten der Berliner Polizei persönlich zu besprechen. Trotz des überzeugenden Videomaterials und einer ausführlichen Erörterung der geltenden internationalen Normen für die Anwendung von Gewalt zeigten meine Gesprächspartner eine starke Voreingenommenheit, als sie versuchten, diesen offensichtlichen Fall exzessiver Polizeigewalt durch Verweis auf völlig spekulative Szenarien zu verharmlosen, indem sie insbesondere behaupteten,

³ Video evidence

dass die Frau, die sich völlig gewaltlos verhalten hatte und weder verhaftet noch einer Straftat verdächtigt wurde, möglicherweise eine "Bedrohung" darstellen könnte, möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt zu einer "Bedrohung" hätte werden können oder möglicherweise versucht haben könnte, vom Tatort zu "fliehen" und deshalb mit "allen Mitteln" physisch gesichert werden musste, einschließlich des absichtlich schmerzhaften "Nasengriffs", der ihr von drei männlichen Beamten gleichzeitig auferlegt wurde, um sie unnötigerweise auf die Beine zu zwingen, anstatt sie freiwillig neben ihrem Auto auf dem Boden sitzen zu lassen. Ich bin der Meinung, dass diese absichtliche Zufügung von schweren Schmerzen und Demütigung einer wehrlosen Person zum Zwecke völlig ungerechtfertigter Nötigung (d.h. unnötig, unverhältnismäßig und nicht einem rechtmäßigen Zweck dienend), wenn auch am unteren Ende des Intensitätsspektrums, bereits alle definierenden Elemente von Art. 1 CAT und stellt daher **Folter** oder zumindest eine andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung dar.

Fall 9: Festgenommener, gewaltloser und wehrloser Demonstrant wird von einem begleitenden Beamten absichtlich in sein ungeschütztes Gesicht "getreten".⁴(Berlin)

Während nicht genehmigter Proteste in Berlin am 29. August 2021 wurde ein gewaltloser und wehrloser Mann von einem begleitenden Beamten (ID: BE 11100) brutal ins Gesicht "getreten", während er von zwei anderen Beamten sicher transportiert und an seinen Armen gehalten wurde. Keiner der anderen Beamten versuchte, diesen brutalen Akt zu verhindern oder das Opfer zu schützen. Wie aus dem Videomaterial eindeutig hervorgeht, wird diese Gewalttat vorsätzlich gegen eine wehrlose Person verübt und verfolgt absolut keinen legitimen Zweck. **Es handelt sich daher eindeutig um einen Akt der Folter** im Sinne von Art. 1 CAT, und jedes Versäumnis, die Verantwortlichen umgehend zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, würde den ernsthaften Verdacht der Duldung, Zustimmung und Mittäterschaft aufkommen lassen.

7. Neue Vorwürfe im Zusammenhang mit der Überwachung

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BfV) hat nach eigenen Angaben für den 15. Juni 2021 eine bundesweite Observation gegen die "antidemokratische und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates" durch "gewaltbereite Rechtsextremisten" angekündigt⁵, wobei er sich auf die Gruppe "Querdenken" bezog, die als Hauptorganisator der Proteste gegen COVID-19-Maßnahmen und behördliche Auflagen gilt.

Ich bin besorgt darüber, dass das angekündigte Überwachungsprogramm Demonstranten, die gegen die COVID protestieren, einem höheren Risiko von Repressalien oder präventiven Sicherheitsmaßnahmen auszusetzen scheint und daher die Opfer von Polizeibrutalität einschüchtern und davon abhalten könnte, bei den zuständigen Behörden Strafanzeige zu erstatten.

Besonders beunruhigt bin ich über die Ankündigung solcher Maßnahmen, bei

⁴ Video evidence

⁵ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2021/statement-haldenwang-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020.html>

denen nicht zwischen gewalttätigen extremistischen Gruppen und gewaltlosen Demonstranten unterschieden wird, die lediglich ihr Recht auf Meinungsfreiheit ausüben. Eine solche wahllose öffentliche Bloßstellung, Diffamierung und Stigmatisierung kann ungerechtfertigte Ängste, Stress, Scham und Schuldgefühle hervorrufen und dazu führen, dass den Opfern aufgrund von Einschüchterung, Angst vor Überwachung und anderen Formen von Repressalien, die nicht mit den Menschenrechten vereinbar sind, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Rehabilitation verweigert werden.

Im Zusammenhang mit den oben genannten Vorwürfen und Bedenken verweisen wir auch auf den diesem Schreiben beigefügten **Anhang über den Verweis auf internationale Menschenrechtsnormen**, in dem internationale Menschenrechtsinstrumente und -standards genannt werden, die für diese Vorwürfe relevant sind.

Da es meine Aufgabe ist, im Rahmen des mir vom Menschenrechtsrat erteilten Mandats alle uns zur Kenntnis gebrachten Fälle zu klären, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich zu folgenden Punkten äußern würden:

1. Bitte geben Sie zusätzliche Informationen und/oder Kommentare zu den oben genannten Vorwürfen, Beobachtungen und Bedenken an.
2. Bitte geben Sie Auskunft über den aktuellen Stand der Ermittlungen zu jedem der sieben ursprünglichen (Fälle 1-7) und zwei neuen (Fälle 8 und 9) Vorfälle von Polizeibrutalität, die durch Videobeweise dokumentiert wurden, wie oben und in meiner vorherigen Mitteilung beschrieben. Erläutern Sie bitte in den Fällen, in denen keine Ermittlungen eingeleitet wurden oder diese noch anhängig sind, wie dies mit den Menschenrechtsverpflichtungen Deutschlands vereinbar ist, insbesondere im Gegensatz zu den "beschleunigten Verfahren", die für die rasche Verurteilung und Verurteilung von Demonstranten oft innerhalb von weniger als 24 Stunden angewandt werden.
3. Bitte stellen Sie detaillierte Informationen über die Verfahren zur Verfügung, die das Landeskriminalamt 342 anwendet, um Fälle von polizeilichem Fehlverhalten und Verstößen von Polizeibeamten zu untersuchen. Erläutern Sie bitte auch, aus welchen Gründen alle Polizeibeamten, denen übermäßige Gewaltanwendung vorgeworfen wird (mit einer Ausnahme), entweder von allen Vorwürfen freigesprochen wurden oder noch immer Gegenstand langwieriger Ermittlungen sind, ohne dass es zu einer Verurteilung, einer Entscheidung zur Strafverfolgung oder einer Disziplinarmaßnahme gekommen ist, obwohl zwingende Videobeweise für schwereres Fehlverhalten vorliegen.
4. Bitte stellen Sie detailliertere Informationen über die verschiedenen "Follow-up"-Mechanismen zur Verfügung, die nach Angaben der Regierung angebliche Vorfälle von Gewaltanwendung systematisch weiterverfolgen und das Verhalten der beteiligten Polizeibeamten überprüfen. Erläutern Sie bitte auch, welche genauen Maßnahmen zur Weiterverfolgung im Rahmen dieser Verfahren angewandt werden oder vorgesehen sind, um ihre Objektivität, Unparteilichkeit, Pünktlichkeit und Wirksamkeit zu gewährleisten.

- 806 5. Bitte machen Sie ausführliche Angaben zu den bestehenden
807 Mechanismen, um sicherzustellen, dass den Opfern gemäß Artikel 14
808 des CAT angemessene Wiedergutmachung, Entschädigung und
809 Rehabilitation gewährt wird, einschließlich der Maßnahmen, die
810 ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass es nicht zu einem Rückfall
811 kommt.
- 812 6. Bitte geben Sie Auskunft über das angekündigte
813 Überwachungsprogramm gegen Impfgegner und Demonstranten, die
814 gegen COVID-Maßnahmen protestieren, was es beinhaltet und wie es
815 zwischen potenziell gewalttätigen Demonstranten und anderen
816 Personen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und
817 Versammlungsfreiheit wahrnehmen, unterscheidet.
- 818 7. Erläutern Sie bitte die "beschleunigten Gerichtsverfahren" gegen
819 Demonstranten, die der Gewalt gegen Polizeibeamte beschuldigt
820 werden, und wie werden diesen Angeklagten ihre grundlegenden
821 Rechts- und Verfahrensgarantien gewährt, um ein faires Verfahren zu
822 gewährleisten, insbesondere im Vergleich zu der systematischen
823 Verschleppung von strafrechtlichen und disziplinarischen Ermittlungen
824 gegen Polizeibeamte.

825 Diese Mitteilung und eine etwaige Antwort der Regierung Ihrer Exzellenz
826 werden innerhalb von 60 Tagen auf der Website für Kommunikationsberichte
827 veröffentlicht. Sie werden anschließend auch in dem üblichen Bericht, der dem
828 Menschenrechtsrat vorgelegt wird, zur Verfügung gestellt.

829 In Erwartung einer Antwort fordere ich nachdrücklich, dass alle erforderlichen
830 vorläufigen Maßnahmen ergriffen werden, um die angeblichen Verstöße zu
831 unterbinden und ihre Wiederholung zu verhindern, und für den Fall, dass die
832 Ermittlungen die Behauptungen bestätigen oder nahelegen, dass sie zutreffen,
833 sicherzustellen, dass die für die angeblichen Verstöße verantwortliche(n) Person(en)
834 zur Rechenschaft gezogen werden.

835 Ich werde meine Bedenken in naher Zukunft öffentlich äußern, da die
836 Informationen, auf die sich die Pressemitteilung stützen wird, meines Erachtens
837 ausreichend zuverlässig sind, um auf eine Angelegenheit hinzuweisen, die sofortige
838 Aufmerksamkeit erfordert. Ich glaube auch, dass die breitere Öffentlichkeit auf die
839 möglichen Auswirkungen der oben genannten Anschuldigungen aufmerksam gemacht
840 werden sollte. In der Pressemitteilung wird darauf hingewiesen, dass ich mit der
841 Regierung Ihrer Exzellenz in Kontakt stehe, um die betreffende(n) Angelegenheit(en)
842 zu klären..

843 Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichneten
844 Hochachtung.

845 Nils Melzer

846 Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder
847 erniedrigende Behandlung oder Strafe
848

849

Anhang

850

Verweis auf internationale Menschenrechtsvorschriften

851

852

853

854

Im Zusammenhang mit den oben genannten Vorwürfen und Bedenken möchten wir die Regierung Ihrer Exzellenz auf die einschlägigen internationalen Normen und Standards verweisen, die auf die durch die oben beschriebene Situation hervorgerufenen Probleme anwendbar sind.

855

856

857

858

859

860

861

862

Wir möchten die Regierung Ihrer Exzellenz an das absolute und nicht abdingbare Verbot von **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe erinnern, wie es in den Artikeln 2 und 16 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT) kodifiziert ist. Die Freiheit von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ist ein völkerrechtlich unantastbares Recht, das unter allen Umständen geachtet und geschützt werden muss.

863

864

865

866

867

868

869

870

871

872

873

874

875

876

877

Dieses absolute und unabdingbare Verbot gilt auch für den außergerichtlichen Bereich, wenn mit der Gewaltanwendung kein rechtmäßiger Zweck verfolgt wird (Rechtmäßigkeit), wenn sie zur Erreichung eines rechtmäßigen Zwecks nicht erforderlich ist (Notwendigkeit) oder wenn sie im Vergleich zu dem verfolgten Zweck einen übermäßigen Schaden verursacht (Verhältnismäßigkeit). Darüber hinaus verstößt das Versäumnis, bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen alle praktisch möglichen Vorkehrungen zu treffen, um die unnötige, übermäßige oder anderweitig rechtswidrige Anwendung von Gewalt zu vermeiden, gegen die positive Verpflichtung des Staates, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung in seinem Hoheitsbereich zu verhindern. In diesem Zusammenhang müssen die Staaten die Anwendung von Gewalt außerhalb des Gewahrsams regeln und kontrollieren und sicherstellen, dass alle ihre Bediensteten so ausgebildet, ausgerüstet und unterwiesen sind, dass sie **Folter** und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in ihrem Hoheitsbereich verhindern.⁶

878

879

880

881

882

883

884

885

886

887

888

Die Rechtsprechung internationaler und regionaler Menschenrechtsmechanismen wie des Ausschusses gegen **Folter**, des Menschenrechtsausschusses, des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat gezeigt, dass polizeiliche Brutalität und andere übermäßige Gewaltanwendung gegen das Verbot grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung und - in Situationen der Machtlosigkeit - gegen das Verbot der **Folter** verstoßen. Darüber hinaus ist weithin anerkannt, dass bestimmte Waffen und andere Mittel der Strafverfolgung von Natur aus oder aufgrund ihrer Konzeption grausam, unmenschlich oder erniedrigend sind.

889

890

Darüber hinaus sind die Staaten verpflichtet, in allen Fällen, in denen Grund zu der Annahme besteht, dass Gewalt außerhalb des Gewahrsams angewandt wurde,

⁶ the Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials
<https://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/UseOfForceAndFirearms.aspx>
and the Code of Conduct for Law Enforcement Officials
<https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/lawenforcementofficials.aspx>

die der **Folter** oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe gleichkommt, eine unverzügliche und unparteiische Untersuchung durchzuführen, um die volle Rechenschaftspflicht für derartige Handlungen zu gewährleisten, gegebenenfalls einschließlich der verwaltungs-, zivil- und strafrechtlichen Rechenschaftspflicht, und sicherzustellen, dass die Opfer angemessene Wiedergutmachung und Rehabilitation erhalten.

In seinem Bericht an die Generalversammlung hat der Sonderberichterstatter über **Folter** und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe die Verpflichtungen der Staaten im Zusammenhang mit der polizeilichen Bewältigung von Protesten bekräftigt und darauf hingewiesen, dass "die Ausübung [des Rechts auf friedliche Versammlung] nur dann eingeschränkt werden darf, wenn dies im Einklang mit dem Gesetz geschieht und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), des Schutzes der öffentlichen Gesundheit oder der Moral oder des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist"; "der Einzelne darf seinen Schutz vor **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unter keinen Umständen verlieren, auch nicht im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen oder rechtswidrigen Protesten", und "das Versäumnis, bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen alle praktisch möglichen Vorkehrungen zu treffen, um die unnötige, übermäßige oder anderweitig rechtswidrige Anwendung von Gewalt zu vermeiden, verstößt gegen die positive Verpflichtung des Staates, Akte grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe innerhalb seiner Gerichtsbarkeit zu verhindern." (A/72/178, Abs. 15 und 62 (c)).

In diesem Bericht untersuchte der Sonderberichterstatter über **Folter**, ob und unter welchen Umständen die Anwendung von Gewalt außerhalb des Gewahrsams durch staatliche Bedienstete der **Folter** oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe gleichkommt, und kam zu folgendem Schluss:

(a) Das absolute und unabdingbare Verbot der **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ist heute allgemein als ein Kernprinzip des Völkerrechts anerkannt, das für alle Staaten unabhängig von ihren vertraglichen Verpflichtungen verbindlich ist. Das Verbot der **Folter** ist auch eine der wenigen Normen des Völkergewohnheitsrechts, die allgemein als zwingendes Recht (jus cogens) anerkannt ist.;

(b) Das Verbot der **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe schützt nicht nur Personen, denen die Freiheit entzogen ist, sondern gilt auch außerhalb des Freiheitsentzugs.;

(c) Jede außergerichtliche Gewaltanwendung, die keinen rechtmäßigen Zweck verfolgt (Rechtmäßigkeit) oder die zur Erreichung eines rechtmäßigen Zwecks nicht erforderlich ist (Notwendigkeit) oder die im Vergleich zum verfolgten Zweck übermäßigen Schaden verursacht (Verhältnismäßigkeit), steht im Widerspruch zu den etablierten völkerrechtlichen Grundsätzen für die Anwendung von Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte und stellt eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe dar. Darüber hinaus verstößt das Versäumnis, bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen alle praktisch möglichen Vorkehrungen zu treffen, um eine unnötige, übermäßige oder anderweitig rechtswidrige Anwendung von Gewalt zu vermeiden, gegen die positive Verpflichtung des Staates, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung

939 oder Bestrafung in seinem Hoheitsbereich zu verhindern;

940 (d) Jede außergerichtliche Gewaltanwendung, die darauf abzielt, einer
941 "machtlosen" Person (d. h. einer Person, die unter direkter körperlicher oder
942 gleichwertiger Kontrolle steht und nicht fliehen oder Widerstand leisten kann)
943 Schmerzen oder Leiden als Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zwecks
944 zuzufügen, stellt unabhängig von Erwägungen des rechtmäßigen Zwecks, der
945 Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit **Folter** dar;

946 (e) Die Staaten müssen die Anwendung von Gewalt außerhalb des
947 Gewahrsams regeln und sicherstellen, dass alle ihre Bediensteten so ausgebildet,
948 ausgerüstet und unterwiesen sind, dass sie jeden Akt von **Folter** und grausamer,
949 unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe in ihrem Hoheitsbereich
950 verhindern können. Dazu gehört nicht nur die Entwicklung hinreichend klarer
951 Leitlinien für die Anwendung von Gewalt und Waffen, sondern auch die
952 systematische rechtliche Überprüfung von Waffen, einschließlich anderer Mittel der
953 Gewaltanwendung und "weniger tödlicher" Waffen;

954 (f) Eine Waffe ist als von Natur aus grausam, unmenschlich oder erniedrigend
955 und daher als absolut verboten anzusehen, wenn sie entweder speziell dazu bestimmt
956 oder geeignet ist (d. h. keinen anderen praktischen Nutzen hat als): (a) unnötige,
957 übermäßige oder anderweitig rechtswidrige Gewalt gegen Personen anzuwenden oder
958 (b) hilflosen Personen absichtlich und gezielt Schmerzen und Leiden zuzufügen.
959 Waffen, die nicht von Natur aus grausam, unmenschlich oder erniedrigend sind,
960 können dennoch ein erhebliches Risiko bergen, in einer Weise eingesetzt zu werden,
961 die gegen das Verbot der **Folter** und anderer grausamer, unmenschlicher oder
962 erniedrigender Behandlung oder Strafe verstößt, so dass die Notwendigkeit von
963 Vorsichtsmaßnahmen besonders betont wird;

964 (g) Wann immer es einen hinreichenden Grund zu der Annahme gibt, dass
965 außergerichtliche Gewalt in Form von **Folter** oder anderer grausamer, unmenschlicher
966 oder erniedrigender Behandlung oder Strafe angewandt wurde, haben die Staaten die
967 Pflicht, eine unverzügliche und unparteiische Untersuchung durchzuführen, um die
968 volle Rechenschaftspflicht für solche Handlungen zu gewährleisten, gegebenenfalls
969 einschließlich der verwaltungs-, zivil- und strafrechtlichen Rechenschaftspflicht, und
970 sicherzustellen, dass die Opfer angemessene Wiedergutmachung und Rehabilitation
971 erhalten.